

## PRESSEMITTEILUNG

PM 20/37

DEHOGA-Umfrage

### **Die Existenzangst im Gastgewerbe wächst**

Novemberhilfen müssen jetzt kommen

**(Berlin, 9. November 2020) Restaurants und Hotels verzeichnen in Folge der Corona-Krise nie dagewesene Umsatzeinbrüche. 71,3 Prozent der gastgewerblichen Betriebe sehen sich aktuell in ihrer Existenz gefährdet. Das geht aus einer Umfrage des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA Bundesverband) hervor, die der Verband am Montag in Berlin veröffentlicht hat. Nach den vorliegenden Ergebnissen droht jedem sechsten Betrieb (17,5 Prozent) bereits ab November die Insolvenz wegen Zahlungsunfähigkeit. „Unsere Betriebe stehen mit dem Rücken zur Wand. Jeder Tag zählt. Die Novemberhilfen müssen jetzt kommen – und zwar schnell und unbürokratisch“, sagt DEHOGA-Präsident Guido Zöllick.**

Seit März hat die Branche aufgrund des Shutdowns im Frühjahr und nach dem Neustart mit Abstandsregeln und Kapazitätsbeschränkungen massive Umsatzverluste erlitten. Auch für Oktober beklagen 83,5 Prozent der befragten Unternehmer, in absoluten Zahlen 6.263 Unternehmer, Umsatzrückgänge von durchschnittlich 46,1 Prozent. Gründe dafür waren insbesondere die Beherbergungsverbote und Sperrzeiten-Regelungen, die zu einer regelrechten Stornierungswelle von Übernachtungen und Veranstaltungen führten. Nur 16,5 Prozent der Betriebe beziehungsweise 1038 Betriebe meldeten Umsatzzuwächse von durchschnittlich 15,3 Prozent.

„Die Verzweiflung in der Branche wächst“, so Zöllick. „Der neue Lockdown im November hat die Betriebe weiter verunsichert.“ Angesichts der dramatischen Lage brauchen die Betriebe dringend die zugesagten Corona-Hilfen. 78,6 Prozent der Betriebe geben an, dass die Entschädigungszahlungen in der angedachten Größenordnung ausreichen, um den November zu überstehen. „Die Hilfen werden aber nur dann funktionieren, wenn sie jetzt schnell und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden“, macht Zöllick deutlich.

Die Ergebnisse zeigen jedoch auch, dass bei einem längeren Lockdown weitere Hilfen unverzichtbar wären. 84,7 Prozent der Betriebe geben an, dass die geplanten einmaligen Entschädigungen nicht für eine längere Schließung über den November hinaus ausreichen.

An der Umfrage des DEHOGA Bundesverbandes zur wirtschaftlichen Lage im Gastgewerbe beteiligten sich in der Zeit vom 2. bis 8. November 8.868 Betriebe. ■

**Ihre Ansprechpartnerin: Stefanie Heckel · Pressesprecherin**

Deutscher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband) · Am Weidendamm 1A · 10117 Berlin ·  
Fon 030/72 62 52-32 · Fax 030/72 62 52-42 · heckel@dehoga.de · www.dehoga.de